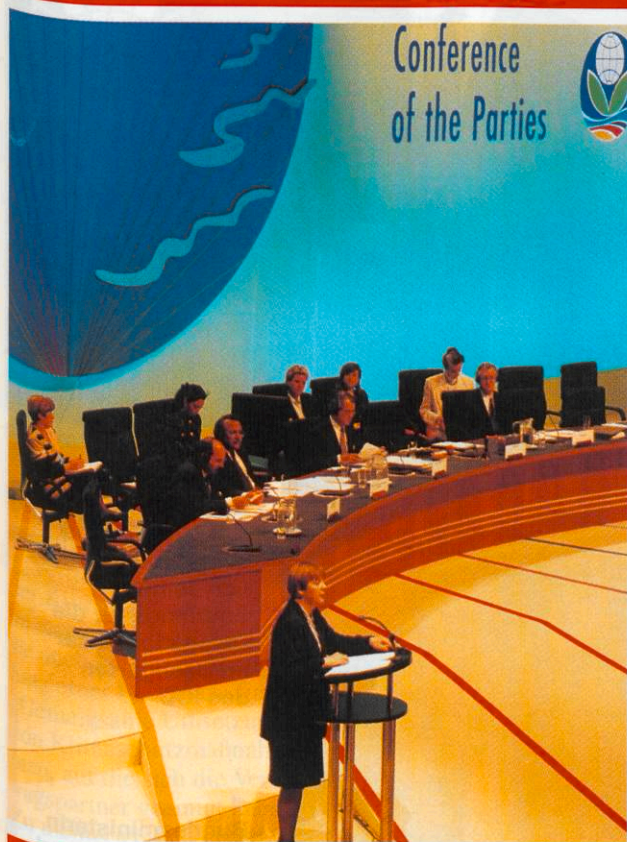


13/1995



Vom 28. März bis 7. April fand im Internationalen Congress Centrum in Berlin die Erste Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen mit Teilnehmern aus 160 Staaten statt. Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Präsidentin der Konferenz, Angela Merkel, sprach zur Eröffnung.

In seiner Rede vom 5. April forderte Bundeskanzler Helmut Kohl von den Delegierten, sich auf die Senkung der Kohlendioxid-Emissionen um 25 Prozent bis 2005 zu einigen. Am Ende der Konferenz verabschiedeten die Teilnehmer das „Berliner Mandat“, auf dessen Grundlage bis 1997 ein Protokoll erarbeitet werden soll, das die Senkung der globalen Kohlendioxid-Emissionen regelt.

Foto: Bundesbildstelle Bonn

Heute Aktuell

● Klimagipfel

Angela Merkel: Berliner Mandat sichert die Fortentwicklung des Klimaschutzes. Seite 3

Pressestimmen: Starker Auftritt des Kanzlers. Seite 8-10

● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble: Entscheidungen für die Zukunft. Brief an die Mitglieder der Fraktion. Seite 11

● Sozialhilfe

Strukturreform mit Augenmaß. Seite 14

● Öffentlicher Dienst

Manfred Kanther: Wichtigster Reformansatz seit Jahrzehnten. Seite 15

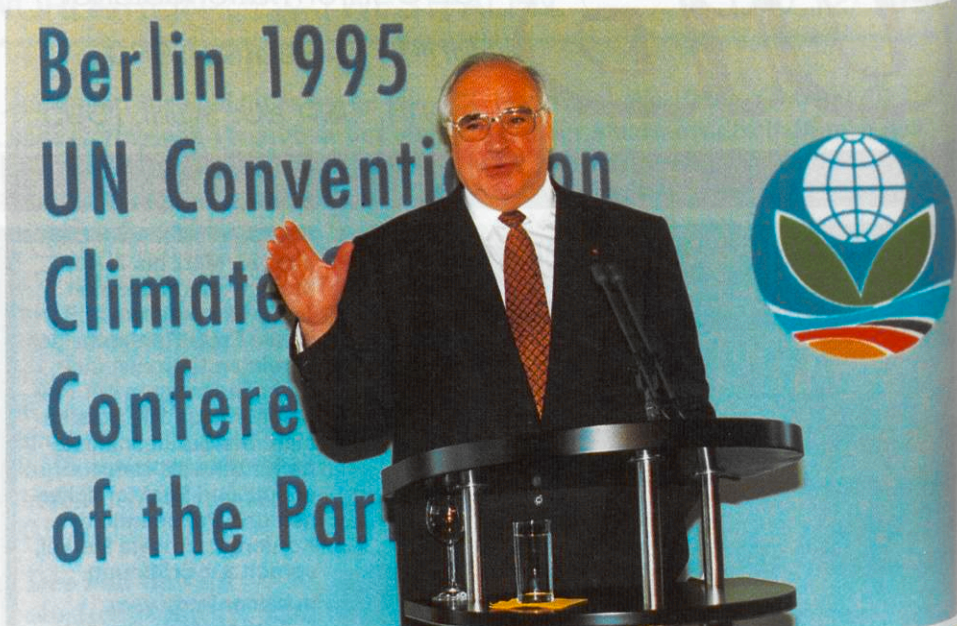
● Beschäftigung

Arbeitsmarktentwicklung auch weiterhin positiv. Seite 21

Dokumentation

Helmut Kohl: Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Planeten.

Rede des Bundeskanzlers am 5. April auf der Klimakonferenz in Berlin. Grüner Teil.



▲ Bundeskanzler Helmut Kohl am 5. April während seiner Rede anlässlich seines Empfangs für die Delegationsleiter im Dachgarten des ICC

◀ Bundesministerin Angela Merkel und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, am 5. April während ihres Besuchs bei der Messe „Klima 95, Berlin“

Fotos: Bundesbildstelle Bonn

Das Berliner Mandat sichert die Fortentwicklung des Klimaschutzes

In Berlin hat die Staatengemeinschaft beschlossen, den internationalen Klimaschutz voranzutreiben. Die Verabschiedung des Berliner Mandats sichert die Fortentwicklung der Klimarahmenkonvention (KRK), die während der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von den Staaten der Welt angenommen worden ist.

Bis zu der 3. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) 1997 soll nun ein Protokoll ausgearbeitet werden, das eine Verschärfung der bisherigen Verpflichtungen der Industrieländer zum Klimaschutz beinhaltet. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurden in das Mandat bereits wesentlich Punkte aufgenommen, die den Inhalt des Protokolls vorzeichnen.

Die Bundesregierung hat damit eines ihrer wesentlichen Ziele für die 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention erreicht. Erfolgreich war sie auch bei der Aushandlung einer Pilotphase für die „Gemeinsame Umsetzung“ von Klimaschutzmaßnahmen, auf die sich die Vertragspartner geeinigt haben. Zu meiner großen Freude und nicht zuletzt als Anerkennung der deutschen Bemühungen um den Klimaschutz national wie international hat die 1. VSK ferner den Sitz des Sekretariats der KRK an Bonn vergeben. Dies wird ein weiterer Ansporn für die Bundesregierung sein, ihre Klimaschutzpolitik konsequent fortzusetzen, notfalls auch gegen den Widerstand einzelner Interessengruppen, die Umweltschutz

fälschlicherweise noch immer als Entwicklungshemmschuh mißverstehen.

In dem Berliner Mandat wird zunächst einmütig festgestellt, daß die bisherigen Verpflichtungen der Industriestaaten nicht ausreichen, um die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre auf einem Niveau zu halten, das ungefährlich ist. Bislang sieht die Konvention nur vor, daß die Industrieländer ihre Treibhausgas-

Von Bundesumweltministerin Angela Merkel

emissionen bis zum Jahr 2000 auf das Niveau des Jahres 1990 zurückführen. Nun soll für alle Treibhausgasemissionen der Industrieländer eine Begrenzung und Re-



Bundesministerin Angela Merkel am 28. März während ihrer Pressekonferenz als Präsidentin der Konferenz

Foto: Bundesbildstelle Bonn

duktion über das Jahr 2000 hinaus innerhalb bestimmter Fristen, etwa bis zum Jahr 2005, 2010 oder 2020, festgeschrie-

ben werden. Grundsätzlich werde ich alles daransetzen, daß wir möglichst rasch, also schon bis zum Jahr 2005 Reduktionsziele vereinbaren.

Für die Entwicklungsländer sieht das Mandat keine neuen Verpflichtungen vor, wohl aber die beschleunigte Umsetzung der allgemeinen auch für Entwicklungsländer geltenden Bestimmungen der Konvention. Sie hatten darauf mit allem Nachdruck bestanden, da zur Zeit noch immer die Industrieländer für rund achtzig Prozent aller vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Außerdem fürchten sie, in ihrer Entwicklung gehemmt zu werden, wenn sie zur Begrenzung ihrer Emissionen verpflichtet würden.

Schon frühzeitig ein ehrgeiziges Ziel formuliert

In den kommenden zwei Jahren bis zu der dritten Vertragsstaatenkonferenz wird es nun darauf ankommen, möglichst anspruchsvolle Ziele zur Begrenzung und Minderung der Treibhausgasemissionen in dem Protokoll zu verankern. Dies wird sicherlich nicht ganz einfach sein, denn schon in Berlin hat sich gezeigt, wie schwer sich zahlreiche große Industriestaaten damit tun, sich zu weiteren Begrenzungen und Reduktionen zu verpflichten. Ich bin jedoch der Ansicht, daß wir nicht länger die wissenschaftlichen Erkenntnisse übersehen dürfen, die eine starke Verminderung der Emissionen fordern.

Deutschland hat schon frühzeitig ein sehr ehrgeiziges Ziel zur Verminderung der nationalen CO₂-Emissionen formuliert. Bis zum Jahr 2005 will Deutschland seine CO₂-Emissionen um 25 Prozent, bezogen auf das internationale Basisjahr 1990, reduzieren. Schon 1990 wurde ein an-

spruchsvolles Klimaschutzprogramm vom Kabinett verabschiedet, das seitdem Schritt für Schritt umgesetzt wird. Seit 1990 traten mehr als 90 Maßnahmen in Kraft.

Als Beispiel will ich hier nur die Wärmeschutzverordnung, die Heizungsanlagenverordnung, die Kleinf Feuerungsanlagenverordnung oder das Bund/Länder-Programm zur Sanierung der Fernwärmeversorgung in den neuen Bundesländern nennen. Erst vor wenigen Wochen haben wir außerdem ein Altbau-Modernisierungsprogramm für die alten Bundesländer vorgestellt. Dafür stellt der Bund in den kommenden fünf Jahren zusätzliche Mittel von insgesamt 1 Milliarde Mark zur Verfügung.

Alle staatlichen Programme und internationalen Vertragswerke können aber das energiebewußte Handeln des einzelnen nicht ersetzen, sondern nur flankieren. Jeder von uns kann beispielsweise durch ein maßvolles Heizen im Winter (wer die Raumtemperatur um ein Grad senkt, benötigt sechs Prozent weniger Heizungsenergie) und etwa den Verzicht auf stromfressende Wäschetrockner die CO₂-Emissionen verringern.

Alle müssen umdenken, nicht nur die Politiker

Für kurze Entfernungen ist auch heute schon das Fahrrad häufig schneller als das Auto, das auf diesen Wegen zudem unverhältnismäßig viel Sprit braucht. Tips zum Energiesparen gibt es mehr als genug. Wir müssen sie nur ernstnehmen. Es wäre schön, wenn steigende Lebensqualität künftig nicht mehr unbedingt an dem gleichzeitig wachsendem Energieverbrauch gemessen würde. Dazu müssen alle umdenken, nicht nur Politiker und Wirtschaftsvertreter.

Wir sind ein großes Stück vorangekommen

Mit der Annahme des Verhandlungsmandates durch die Delegierten der UN-Klimakonferenz in Berlin sind wir beim Klimaschutz in der Welt ein großes Stück vorangekommen. Wir werden jedoch an unseren weiterreichenden Zielen festhalten.

Das Ergebnis der Klimaschutzkonferenz wäre ohne das große Engagement von Bundeskanzler Helmut Kohl und die hervorragende Art, wie Bundesministerin Angela Merkel die Verhandlungen in Berlin vorbereitet und geleitet hat, nicht möglich gewesen.

Die CDU dankt beiden für diesen großartigen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung.

Alle Staaten sind nun aufgefordert, das Berliner Mandat zu erfüllen. Für die Bundesrepublik Deutschland wird die Bundesregierung ihre Rolle als weltweit führende Kraft im Umweltschutz offensiv anneh-

Generalsekretär Peter Hintze zum Erfolg der UN-Klimakonferenz in Berlin

men. Mit der Ansiedlung des Generalsekretariats in Deutschland hat die Welt nicht nur ihr Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch in den Umweltschutzstandort Deutschland und seine hervorragende Rolle in der Umwelttechnologie verdeutlicht.

Weltklimasekretariat ab 1996 in Bonn

Die Vereinten Nationen werden ihre Bemühungen zum Schutz des Klimas künftig von Deutschland aus koordinieren. Die Berliner UNO-Klimakonferenz entschied am 5. April in geheimer Wahl, den Sitz des ständigen UNO-Sekretariats von Genf nach Bonn zu verlegen.

Bonn setzte sich damit im dritten und entscheidenden Wahlgang gegen Genf durch, wo das Sekretariat bisher seinen provisorischen Sitz hat. Das UNO-Gremium soll 1996 mit zunächst 43 Mitarbeitern seine Arbeit in Bonn aufnehmen.

Die Bundesregierung will dem Sekretariat von 1996 an mietfrei geeignete Büros zur Verfügung stellen, diese kostenfrei ausrüsten und jährlich 3,5

Millionen Mark für Veranstaltungen des Gremiums bereitstellen.

Außerdem werde der übliche deutsche Beitrag zum Haushalt dieser Einrichtung Jahr für Jahr um 1,5 Millionen Mark aufgestockt. Das Sekretariat soll unter anderem Klimakonferenzen vorbereiten.

Als Würdigung der intensiven Vorbereitungs- und Mitarbeit bei der Klimakonvention sowie der Anstrengungen bei der Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes hat die Bundesregierung die Entscheidung des Klimagipfels begrüßt.

Entscheidung begrüßt

General-Anzeiger (Bonn): Die Einrichtung des Welt-Klimasekretariats paßt zu den Aufgabenfeldern von Politik und Verwaltung, die nach dem Berlin-Bonn-Gesetz und allen bisherigen Entscheidungen in Bonn bleiben sollen.

Deutsche Wirtschaft verpflichtet sich zu deutlicher CO₂-Minderung

Schon vor der Berliner Klimakonferenz hatte die deutsche Wirtschaft der Bundesregierung erklärt, daß sie besondere Anstrengungen unternehmen werde, um ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Je nach Branche und Minderungspotential in dem jeweiligen Wirtschaftszweig will danach die Wirtschaft die spezifischen CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 (Basis 1987) erheblich, zum Teil um 20 Prozent und mehr reduzieren. Die Bundesregierung hat dieses Angebot der Wirtschaft, auf freiwilliger Basis einen eigenständigen und anspruchsvollen Beitrag zur Klimavorsorge zu leisten, begrüßt, und wertet dies als Schritt in eine neue, vorsorgeorientierte Umweltpolitik.

Anläßlich einer Pressekonferenz am 10. März im Bundeskanzleramt erklärten für die Bundesregierung der Chef des Bundeskanzleramts, Friedrich Bohl, die Bundesumweltministerin, Angela Merkel, und der Bundeswirtschaftsminister, Günter Rexrodt:

Mit ihrer Bereitschaft, sich mit eigenen Maßnahmen an dem von der Bundesregierung verabschiedeten Konzept zur CO₂-Reduktion zu beteiligen, trägt die deutsche Wirtschaft entscheidend zur Realisierung des angestrebten Minderungszieles an.

Durch die Erklärung der deutschen Wirtschaft wird der von der Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung vorgezeichnete Weg zu mehr Selbstverantwortung der Wirtschaft beschritten.

Es liegt im gemeinsamen Interesse von Bundesregierung und Wirtschaft, bereits nach relativ kurzer Zeit nachzuweisen, wie erfolgreich Selbstverpflichtungserklärungen sein können.

Vor diesem Hintergrund ist die Bundesregierung bereit, ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Klimavorsorge, wie z. B. die Wärmenutzungsverordnung, einsteuilen zurückzustellen und entsprechend der Koalitionsvereinbarung der Privatinitiative Vorrang zu geben. Falls diese nicht zu den gesetzten Zielen führt, muß die Bundesregierung über dann erforderliche Schritte neu nachdenken.

Folgende Verbände haben sich dieser Erklärung bereits angeschlossen:

- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.,
- Deutscher Industrie- und Handelstag e.V.,
- Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V.,
- Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke – VDEW – e.V.,
- Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V.,
- Verband kommunaler Unternehmen e.V.,
- Verband der Chemischen Industrie e.V.,
- Wirtschaftsvereinigung Stahl e.V.,
- Wirtschaftsvereinigung Metalle e.V.,
- Verband Deutscher Papierfabriken,
- Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie,
- Bundesverband Glasindustrie und Mineralfaserindustrie e.V.,
- Verein Deutscher Zementwerke e.V.,
- Bundesverband Steine und Erden e.V.,
- Wirtschaftsvereinigung Bergbau,
- Wirtschaftliche Vereinigung Zucker/Verein der Zuckerindustrie,
- Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.

Weitere Verbände werden folgen.

Berliner Konferenz: Wichtiger Schritt für weltweiten Klimaschutz

Die 1. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention, die vom 28. März bis zum 7. April in Berlin stattfand, hat wichtige Ergebnisse für den Klimaschutz gebracht.

Trotz oft unterschiedlichster Interessenlagen der über 150 Teilnehmerstaaten konnte nicht zuletzt dank des energischen Eintretens von Bundeskanzler Helmut Kohl für den nationalen und internationalen Klimaschutz und dem Verhandlungsgeschick der Konferenzpräsidentin, Umweltministerin Angela Merkel, deutliche Erfolge erzielt werden.

Auch wenn manche unter Umweltschutzaspekten wünschenswerte Maximalforderungen, wie z. B. die Verabschiedung eines Protokolls mit konkreten Reduzierungszielen, nicht erreicht werden konnten, sind im einzelnen folgende Punkte hervorzuheben:

- Die Vertragsstaaten haben sich darauf geeinigt, bis zur Weltklimakonferenz, die im Jahre 1997 in Japan stattfinden soll, den Entwurf eines verbindlichen Protokolls mit konkreten Reduzierungszielen für die wichtigsten Treibhausgase zu erarbeiten.
- In einer Pilotphase werden die Industriestaaten die Entwicklungsländer bei konkreten Projekten bei der Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen unterstüt-

zen. Diese Projekte im Rahmen der „Gemeinsamen Umsetzung von Maßnahmen“ werden den Industriestaaten zunächst nicht bei ihren eigenen Reduzierungszielen angerechnet.

- Das ständige Sekretariat der Klimarahmenkonvention erhält seinen endgültigen Sitz in Bonn. Dies ist nicht zuletzt eine besondere Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft für die Vorreiterrolle der Bundesrepublik Deutschland beim Klimaschutz.

Die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf der Berliner Konferenz hat ein Scheitern der internationalen Bemühungen zum Klimaschutz verhindert. Er stellte unmißverständlich klar, daß die Bundesrepublik auch weiterhin Vorreiter beim internationalen Klimaschutz bleiben wird.

Entschlossen umsetzen

Die CDU wird alles dafür tun, daß unser anspruchsvolles nationales Programm zum Klimaschutz in den nächsten Jahren entschlossen umgesetzt wird. Bis zum Jahre 2005 wollen wir gegenüber 1990 unsere CO₂-Emissionen um 25 Prozent senken. Nur wenn die fortschrittlichen Industriestaaten vorbildlich handeln, können wir auch die Entwicklungsländer für entsprechende Maßnahmen gewinnen.

BUNDESKANZLER HELMUT KOHL IN BERLIN: *Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß die weltweiten Umweltprobleme weiter rapide wachsen. Kein Staat der Erde ist in der Lage, die aus globalen Klimaänderungen erwachsenden Gefährdungen seines Landes und seiner Bevölkerung jetzt oder in der Zukunft allein zu bewältigen. Daher kommt es auf gemeinsames Handeln an.*

Pressestimmen

Starker Auftritt des Kanzlers

Der Auftritt des Kanzlers auf der UN-Klimakonferenz in Berlin nötigte selbst Umweltschützern Lob ab. Vielleicht war die euphorische Stimmung bei den Nicht-Regierungsorganisationen darauf zurückzuführen, daß es bislang wegen der weitgehend stagnierenden Klimaverhandlungen vor allem eins gab: Frustration. Und bei soviel aufgestautem Ärger ist man meist schon für den kleinsten Lichtblick dankbar.

Die deutlichen Worte Helmut Kohls kamen im rechten Augenblick. Denn schon längst hatte sich der Eindruck festgesetzt, in Berlin lasse sich nichts mehr bewegen. Doch jetzt besteht die Chance, wenigstens einen kleinen Schritt voranzukommen. Bei der US-Delegation, Blockierer Nummer 1 in allen Gesprächen, machte sich jedenfalls Nachdenklichkeit breit, weil der Bundeskanzler ein verbindliches Klima-Protokoll zur Reduzierung von Treibhausgasen bis 1997 einforderte und dafür ein in Berlin zu beschließendes Verhandlungsmandat. Überraschung löste auch aus, daß er die bundesdeutschen Reduktionsziele neu definierte, so daß sie jetzt als Verschärfung interpretiert werden können.

Kölner Stadt-Anzeiger

Klare Worte

Der Kanzler hat erstaunlich klare Worte gefunden. Das war mehr als nötig. Denn obwohl in den Debattierunden viele Papiere kreisen, gestalten sich die Gespräche über ein Mandat weiter

sehr zäh. Das Wort Reduktion hatte sich auf seiten der Industrieländer weitgehend verflüchtigt. Bleibt zu hoffen, daß nun ein Ruck durch die Versammlung geht und die Industriationen endlich eine Senkung ihres CO₂-Ausstoßes über das Jahr 2000 hinaus anstreben. Da kann es nicht von Schaden sein, wenn Kohls Rede dahingehend interpretiert wird, daß er die deutschen Reduktionsziele noch einmal verschärft habe.

Der Tagesspiegel

Respekt, Herr Kanzler

Helmut Kohl steht bei kritischen Leuten immer unter starkem Pathosverdacht. Wie leicht wäre es, seine Beschwörungsformeln für den Berliner Klimagipfel in dieser geistigen Schublade abzulegen. Kohls Appell, der beim Erdgipfel in Rio begonnene Weg möge in der wiedervereinigten Hauptstadt beherzt und entschieden fortgesetzt werden, damit „wir auch vor den zukünftigen Bewohnern unserer alten Erde bestehen“, paßte gut hinein. Aber seltsam: Nicht einmal die üblicherweise schärfsten Kritiker der bundesdeutschen Klimapolitik konnten sich Respektsbekundungen verkneifen. „Es ist das erste Mal, daß ich meinen Kanzler verteidigen muß“ – dieser Satz aus Umweltschüttermund sagt mehr als hundert tiefeschürfende Exergesen der Kohlschen Rede.

Der Kanzler traf den Nerv der meisten in Berliner ICC. Sieben Tage lang mußten sie miterleben, wie ein wahrhaft weltbewegendes Problem auf Gängen, in Sitzungszimmern und im Schaufenster-Plenum fast bis zur Unkenntlichkeit zertagt wurde. Die bis Mittwoch traurige Bilanz – Einigung in der Frage der Abstimmungsmehrheiten vorerst gescheitert, Kompromißli-

nien in den wichtigeren inhaltlichen Fragen unklar – kann nur gebessert werden, wenn ein wahrer Ruck durch die Konferenz geht. Und dazu war Kohls Appell der richtige Auftakt.

„Unser Helmut“, wie er jetzt auch in Ökokreisen heißt, hat die Perspektiven geradegerückt, mag damit die deutsche Energiepolitik auch noch keinen Deut besser werden. Aber die Delegierten in Berlin wissen nun wieder, um was es eigentlich geht: „Eine Anpassung an ökologische Notwendigkeiten ist wirtschaftlich und technologisch möglich, wenn dies politisch gewollt ist.“ Wer will, der kann.

Frankfurter Rundschau

Worte und Taten

Der Bundeskanzler fand in Berlin Worte von bemerkenswerter Klarheit. In allen wichtigen Punkten bezog er Stellung. Er hat die Führungs-Rolle der Industrieländer beim Klimaschutz bekräftigt, und er hat eine weitere Senkung des CO₂-Ausstoßes gefordert. Beides ist bei diesem Klima-Gipfel nicht selbstverständlich.

Westdeutsche Allgemeine

Kohl an der Spitze

Helmut Kohl hat sich mit seiner Rede bei der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin neue Freunde gemacht. Er habe als erster klar und deutlich davon gesprochen, daß die Treibhausgase vermindert werden müßten, freuten sich Umweltschützer und andere Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen. Sie hatten schon alle Hoffnung auf handfeste Ergebnisse fahren lassen. Der Kanzler gab sie ihnen zurück. Sein Appell an die Delegierten war eindringlich. Er sprach von

den Folgen einer Klimaänderung, von drohenden Gefahren für die ganze Menschheit und der Verantwortung für kommende Generationen. Kein Umweltschützer hätte das besser gekonnt. Kohl setzte sich beim Berliner Klimagipfel wieder an die Spitze der Bewegung, wie schon vor drei Jahren in Rio de Janeiro.

Stuttgarter Zeitung

Bemerkenswerte Rede

Ein Gipfel schöpft neue Hoffnung. Zwar ist der Streit um den Abstimmungsmodus immer noch nicht geklärt, doch besteht durchaus noch die Chance, zumindest zu einigen handfesten Beschlüssen zum Klimaschutz zu kommen. Konkret: Ein deutliches Mandat ist wieder möglich.

Dafür steht nicht zuletzt die bemerkenswerte Rede des deutschen Kanzlers. Helmut Kohl schaffte es, zumindest für einen Hauch von Aufwind zu sorgen, in dessen Sog nun auch das Klimasekretariat vom Genfer See an den Rhein umzieht. Ein erstes konkretes Ergebnis des Gipfels, zugleich ein Erfolg für Bonn. Das war dringend nötig.

Neue Rhein-Zeitung

Riesig, der Riese

Standing ovations von allen Seiten. Das hat Helmut Kohl lange nicht erleben dürfen. Auch ausgewiesene Umweltschützer, die nicht immer zu seinen Freunden zählen, waren vom Kanzler begeistert. Kohl habe als erster wirklich klar gesagt, um was es gehe.

Kohls Forderungen auf einen Nenner gebracht: Die Industriestaaten müssen weniger Öl, Gas und Kohle verbrennen und ihren Ausstoß an Treibhaus-



Bundeskanzler Helmut Kohl bei seiner Rede am 5. April vor den Delegierten der UN-Klimakonferenz in Berlin

Foto: dpa

Very important

Die Sprecher der Umweltverbände auf dem Weltklimagipfel waren mehr als angetan, und das gewiß nicht, weil sie die Rede des Bundeskanzlers zum Auftakt des „Ministerteils“ gleich anschließend auf feinem Bütten überreicht bekamen. Anlaß zu Freude und Zufriedenheit bot ihnen vielmehr, daß der Bonner Regierungschef als erster namhafter Vertreter eines

gasen deutlich vermindern. Reduktion heißt das Zauberwort, das alle kennen, aber die meisten selbst nicht beherzigen wollen.

Reduktion bedeutet Verzicht auf einige liebgewordene, aber umweltschädliche Gewohnheiten. Reduktion bedeutet auch Förderung und verstärkten Einsatz regenerativer Energien – weg von der Kohle.

Kohls Botschaft an die Völker dieser Erde: Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Planeten – wir werden die notwendigen Entscheidungen treffen.

Damit hat der Kanzler in buchstäblich letzter Minute das eher unverbindliche Klima-Palaver auf Kurs gebracht.

Frankfurter Neue Presse

Industrielandes der versammelten Verhandlungsmannschaft fast schon wider Erwarten eindringlich ins Gewissen geredet und nachdrücklich handfeste Ergebnisse angemahnt hatte. Daß er dabei ausdrücklich das hehre, längst in den endlosen Gängen des Tagungs-Raumschiffes verloren geglaubte Ziel der langfristigen Verminderung des Klimakillers Kohlendioxid wieder auf die Tagesordnung hob, wurde ihm selbst von denen hoch angerechnet, die ihm ansonsten eher kritisch gegenüberstehen. Ehre also, wem Ehre gebührt – des Kanzlers Beitrag war mit den Worten der Konferenzpräsidentin, Umweltministerin Angela Merkel, „very important“.

Rheinische Post

Wolfgang Schäuble:

Entscheidungen für die Zukunft

Das erste halbe Jahr parlamentarischer Arbeit in der 13. Legislaturperiode liegt hinter uns. Trotz knapper gewordener Mehrheit haben wir alle Auseinandersetzungen, Wahlen und Abstimmungen glatt gewonnen, dank großer Geschlossenheit und Disziplin. Dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken.

Die Ausgangslage für die Arbeit in den kommenden Monaten und Jahren ist gut. Es geht wirtschaftlich bergauf, unsere DM ist stabil, und über welch großes Vertrauenskapital Deutschland dank Bundeskanzler Helmut Kohl in Europa und weltweit verfügt, das hat sich dieser Tage wieder auf dem Berliner Klimagipfel gezeigt.

Die Aufgaben sind ebenso groß. In einer Zeit dramatischer Veränderungen ist der Erneuerungsbedarf in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft trotz aller Erfolge nach wie vor hoch, und zugleich sind die Widerstandskräfte in einer zur Tabuisierung von Besitzständen neigenden sozialen Wirklichkeit erheblich. Unsere Aufgabe bleibt, die notwendigen Entscheidungen für eine gute Zukunft unbeirrt und Schritt um Schritt durchzusetzen. Daraus ergeben sich Schwerpunkte für unsere Arbeit in den kommenden Monaten.

1. Angesichts zunehmender Sicherheitsrisiken und der Zunahme globaler Abhängigkeiten – von der Wirtschaft über innere und äußere Sicherheit bis zur Umwelt – bleibt der Weiterbau an der europäischen Einheit das wichtigste Projekt deutscher Politik. Die Europäische Union muß zu einem politisch handlungsfähigen Organismus entwickelt werden, der auch unsere Nachbarn im Osten einbezieht. Ein Scheitern der Währungsunion würde uns auf diesem Weg weit zurückwerfen. Die Euro-

pa-Politik wird deshalb Thema der Klauertagung sein, die der Geschäftsführende Fraktionsvorstand am 12./13. Juni in Berlin zusammen mit Außen-, Sicherheits- und Europapolitikern durchführen wird. Die Ergebnisse werden wir in der Fraktion zur Diskussion stellen.

2. An der Vollendung der deutschen Einheit arbeiten wir weiter. Deshalb behält der weitere Aufbau Ost für uns Vorrang. Spaltungsbestrebungen, wie wir sie bei

Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, an die Mitglieder der Fraktion

manchen Beiträgen zu den Kampagnen um Solidaritätszuschlag und angebliche Verschwendung erleben mußten, geben wir nicht nach. Weil Versöhnung nur aus der Erinnerung wächst, muß die Aufarbeitung der Vergangenheit von SED-Herrschaft und Teilung fortgesetzt werden.

3. Der Erfolg der Arbeiten an der Aufgabe „Schlanker Staat“, die sich die Koalition vorgenommen und für die Rupert Scholz in der Fraktion die Federführung übernommen hat, ist eine unerläßliche Voraussetzung, um dynamischen Kräften in Wirtschaft und Gesellschaft die nötigen Freiräume zu schaffen. Ein erster Zwischenbericht soll in der Fraktion vor der Sommerpause diskutiert werden.

4. Damit eng verknüpft ist die dringend notwendige Rückführung der Staatsquote, auf die wir uns in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet haben. Entsprechend un-

serer Beschlußfassung in der Fraktionssitzung vom 14. März wollen wir die nächsten Schritte dazu ebenfalls vor der Sommerpause konkretisieren. Heiner Geißler und Hans-Peter Repnik koordinieren die Vorbereitungen.

Haushaltskonsolidierung, Steuersenkung und Begrenzung der Beitragsbelastung in der Sozialversicherung müssen dabei gleichgewichtig verfolgt werden. Kurzfristig gilt es, das Jahressteuergesetz 1996 durchzusetzen und am Ausgabemoratorium in der Haushaltspolitik festzuhalten; mittelfristig muß die Belastung von Investitionen und Arbeitsplätzen durch Steuern und Abgaben reduziert werden, wobei wir beim notwendigen Umbau vor allem ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen sollten. Der Geschäftsführende Vorstand hat dazu eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Hans-Peter Repnik eingesetzt.

5. Zu den Aufgaben im Bereich der Sozialpolitik verweise ich auf die Überlegungen, die Julius Louven Ihnen in der vergangenen Woche übersandt hat. Ich habe Horst Seehofer für seine ebenso wichtige wie schwierige Arbeit an der Reform der Sozialhilfe wie der Struktur unseres Gesundheitswesens Unterstützung zugesagt. Es gilt entsprechend für den Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes und für die gesetzliche Lohnfortzahlung. Ohne Eingriffe auch in Besitzstände werden wir dem Ziel „Arbeit für alle“ nicht wirklich näherkommen. Dazu werden auch weitere Deregulierungsschritte notwendig sein, um insbesondere im Bereich von Handwerk, Handel und Dienstleistungen aller Art zusätzliche Arbeitsplätze zu gewinnen.

6. Die Stärkung der Familie bleibt für uns zentrales Anliegen. Unsere Konzeption für die Neugestaltung des Familienleistungsausgleichs hat viel Zustimmung gefunden. Wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, sie durchzusetzen, ehe wir über nächste Schritte zu reden beginnen.

7. Der Erhalt unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit ist Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit. Dazu setzen wir auf die Qualität von Bildung und Forschung und auf technologische Erneuerung. Dazu gehört auch die Kerntechnik, auf die weltweit nicht verzichtet werden kann. Deshalb kann es mit uns einen Energiekonsens um den Preis eines Ausstiegs aus der Kernenergie nicht geben.

8. Die Stabilität unserer Freiheitsordnung muß wie nach außen auch nach innen bewahrt werden. Die Innen- und Rechtspolitik arbeiten mit dem Bundesinnenminister an weiteren Schritten in der Verbrechensbekämpfung und der Verfahrensbeschleunigung. Für die Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts werden Mitte des Jahres Eckpunkte zur Diskussion gestellt, bei denen auch noch offene Fragen in der Ausländer- und Asylpolitik angegangen werden müssen. Wir werden den Sozialdemokraten nicht erlauben, sich aus dem Asylkompromiß davonzuschleichen, und wir werden die Verantwortung auch der sozialdemokratisch regierten Bundesländer für die Innere Sicherheit einfordern.

Aufgaben und Arbeit liegen also reichlich vor uns. Nach unserer Überzeugung gibt es in der Politik keine endgültigen Ziele, aber für uns ist die Richtung klar, in die wir heute und morgen gehen müssen, Schritt um Schritt. Knappe und komplizierte Mehrheitsverhältnisse halten uns davon nicht ab.

Aus der Nähe betrachtet, ist die SPD-dominierte Mehrheit im Bundesrat nicht so besonders eindrucksvoll. In Hessen ist die Union stärkste Kraft geworden, die Regierung Eichel ist finanzpolitisch schon am Ende und hat sich nur durch Wählertauschung über die Landtagswahl gerettet. Nordrhein-Westfalen ist unter der Alleinregierung der SPD in einem Vierteljahrhundert strukturell erstarrt. Mit welchen

Mitteln bis zur Landtagswahl gekämpft werden wird, dafür bieten die Einlassungen des nordrhein-westfälischen Innenministers zur Asyl- und Abschiebepolitik einen üblen Vorgeschmack. In Niedersachsen traut sich Herr Schröder gegen eigene Überzeugung nicht, die längst fällige Entlassung von Frau Griefahn vorzunehmen. In Bremen ist die Regierung zerbrochen, in Schleswig-Holstein verweigert die SPD-Mehrheit noch immer die rückhaltlose Aufklärung einer der übelsten Affären der Nachkriegsgeschichte, und in Sachsen-Anhalt wird die Zusammenarbeit mit der PDS immer ungenierter.

Für uns gibt es weder Anlaß noch Raum für Koalitionsspekulationen. Wir setzen auf die Zusammenarbeit mit der FDP, bleiben verlässliche Partner und erwarten von der FDP dasselbe. Die SPD ist, wie zunehmende Stimmen aus ihren eigenen Reihen konstatieren, derzeit nicht zukunftsfähig, und die Mehrheit der Grünen steht links von der SPD.

Letztlich ist für Stabilität und Zukunftsfähigkeit die Stärke der Union entscheidend. Wir haben bei der Bundestagswahl über 45 Prozent der Erststimmen erhalten. Das ist unser strategisches Potential, das es zu wahren und auszubauen gilt. Dazu ist es notwendig, daß wir Versuchungen von rechts wie links nicht nachgeben, sondern zur Mitte integrieren. Integration

wird nur erfolgreich sein, wenn sie auf unnötige Provokationen ebenso verzichtet wie die Zusammenarbeit mit Kräften meidet, mit denen wir nichts zu tun haben.

Zur Mitte hin integrieren, das ist unsere Aufgabe auch im Angesicht der Greuel und Opfer des 2. Weltkrieges und der Nazi-Barbarei. Bei soviel Leid und Elend müssen Erinnerungen und Gefühle vielfältig, auch widersprüchlich sein. Einen aber muß uns die Verpflichtung, Krieg, Diktatur, Gewalt und Verletzung von Menschenrechten niemals zu akzeptieren und schon Anfängen zu wehren. Seit einem halben Jahrhundert Friede und Freiheit – das ist Grund zu Dank und zugleich verpflichtender Auftrag.

Der gute Start gibt uns Mut

Um Maßstäbe immer neu zu erhalten, müssen wir die Debatte über Grundwerte und Zukunft führen, gerade auch mit der jungen Generation und vor allem auch an den Hochschulen. Die Union steht für Bewahren und Erneuern, und daraus wächst Modernität.

Bei der Gestaltung von Zukunft werden wir um jeden einzelnen Schritt auch streitig ringen, aber am Ende müssen wir handeln. Kreativität mit Geschlossenheit zu verbinden, das ist unsere Aufgabe. Der gute Start gibt uns Mut, in diesem Sinne weiterzuarbeiten.

Asylbewerberzahlen im März 1995

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im März 1995 10.991 Personen (Februar: 9.212 Personen/Januar: 12.139) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 1.779 Personen gestiegen. Der Anstieg dürfte im wesentlichen auf die unterschiedliche Länge der beiden Monate zurückzu-

führen sein. Im Januar 1995 betrug die Zahl der Asylbewerber 12.139. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (März 1994: 12.181 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber um 1.190 Personen (= 9,8 Prozent) zurückgegangen. Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde betrug Ende März 79 422 (78 581 Erstanträge und 841 Folgeanträge).

Sozialhilfereform – Strukturpolitik mit Augenmaß

Zu den Eckpunkten einer Reform der Sozialhilfe erklärte Editha Limbach, Mitglied im Gesundheitsausschuß:

1. Das gewachsene Sozialhilfesystem ist ein tragender Pfeiler unseres sozialen Sicherungssystems. Dabei wird es auch bleiben. Gerade damit die Sozialhilfe auch künftig ihren sozialen Zweck erfüllen kann, muß das Sozialhilfesystem reformiert werden. Wer von linearen Kürzungen der Sozialhilfe spricht, irrt. Wer in diesem Zusammenhang von sozialer Kälte redet, sagt bewußt die Unwahrheit.

Ein Ziel der Sozialhilfereform ist es auch, die gesellschaftliche Akzeptanz des ganzen Systems zu bewahren bzw. zu verbessern. Alle, die sich der Reform der Sozialhilfe verweigern, gefährden in Wahrheit unsere soziale Sicherheit. Die Behauptung, Umbau sei in Wirklichkeit Abbau, bleibt auch bei ständiger Wiederholung falsch.

2. Die von Bundesgesundheitsminister Seehofer vorgestellten Eckpunkte einer Sozialhilfereform zeigen den richtigen Weg. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher dieses Reformpaket und wird seine Umsetzung nachhaltig unterstützen.

Bei einer Steigerung der Sozialhilfeausgaben von 17,5 Mrd DM im Jahre 1983 auf 43 Mrd DM im Jahre 1993 führt kein Weg an der Reform vorbei. Wer das nicht wahrhaben will, streut der Bevölkerung Sand in die Augen.

Die Ziele der Reform, Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit, Hilfe zur Reintegration in den Arbeitsprozeß, Begrenzung

der Ausgabendynamik sowie Systemgerechtigkeit, sind zu begrüßen. Wer behauptet, das Konzept gehe an der sozialen Realität vorbei, wie z. B. der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte, muß sich fragen lassen, in welcher Realität er überhaupt lebt. Die Vermeidung und Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit ist Ziel und Auftrag jeder verantwortungsbewußten Sozialpolitik.

Die Begrenzung des Ausgabenanstieges ist unverzichtbar. Ohne Eindämmung der Ausgabendynamik, dies gilt vor allem für den stationären Sozialhilfesektor, ist das

*76 Prozent aller Bundesbürger,
75 Prozent aller SPD-Anhänger und
70 Prozent der Anhänger der Grünen
halten nach einer EMNID-Umfrage
die Reform der Sozialhilfe, wie sie
Bundesminister Horst Seehofer vor-
geschlagen hat, für richtig.*

Sozialhilfesystem auf Dauer nicht zu finanzieren. Es geht nur um Begrenzung des Ausgabenwachstums, nicht jedoch um lineare Kürzungen.

Und schließlich, die Verbesserung der Zielgenauigkeit und Gerechtigkeit im System ist ein Anliegen, das von allen getragen werden muß.

Wir wollen: Systemgerechtigkeit, Ausgabenbegrenzung sowie vor allem die Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit. Wir werden mit einer Sozialhilfereform diese Ziele umsetzen. Damit bleibt die Sozialhilfe auch in Zukunft eine starke Säule in unserem sozialen Sicherungssystem.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Wichtigster Reformansatz für den öffentlichen Dienst seit Jahrzehnten

Im „Perspektivbericht öffentlicher Dienst 1994“ hat die Bundesregierung Vorschläge für die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts vorgelegt. Die Koalitionsvereinbarung hat die Umsetzung dieser Vorschläge bekräftigt. Die Vorhaben haben für Bund und Länder gleichermaßen Bedeutung, sie sind deshalb nur gemeinsam zu verwirklichen.

Die Modernisierung und Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes betrifft Beamte und Arbeitnehmer. Sie muß deshalb in beiden Regelungsbereichen vorangebracht werden. Im Tarifbereich sind, wo sich parallele tarifrechtliche Sachverhalte ergeben, unter Beachtung der unterschiedlichen Regelungswege und -kompetenzen in Tarifverhandlungen entsprechende Lösungen anzustreben.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister **Manfred Kanther**: Die Reform der öffentlichen Verwaltung ist eine der zentralen politischen Aufgaben dieser Legislaturperiode, der sich Bund und Länder gleichermaßen entschlossen annehmen müssen. Neue Weichenstellungen sind unerlässlich. Die Reform des öffentlichen Dienstrechts ist dabei von ganz besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung beabsichtigt, hierzu dem Deutschen Bundestag grundlegende, aufeinander abgestimmte Reformschritte vorzuschlagen. Damit soll das Dienstrecht in seiner Gesamtheit stärker leistungsorientiert gestaltet sowie in seiner Anwendung flexibler und transparenter werden. Es ist ein Reformansatz

von weitreichender Bedeutung geplant, der sich keinesfalls in der Novellierung des Beamtenrechts erschöpfen soll.

Mit ihrem Bericht zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts vom 19. Juli 1994 hat die Bundesregierung bereits Schwerpunkte notwendiger Maßnahmen aufgezeigt. Ein Gesetzentwurf zu ihrer Umsetzung wird vorbereitet; er sieht u. a. vor:

1. Das Dienstrecht wird künftig mehr als bisher ein leistungsorientiertes, differenziertes und flexibles Handeln im Personalbereich ermöglichen. Die Verwaltung der Zukunft wird auch geprägt sein von einem schnelleren Wandel der öffentlichen Aufgaben. Innerhalb kurzer Zeit können erhebliche Personalverlagerungen notwendig werden. Dies verlangt mehr Mobilität der Beschäftigten in fachlicher und räumlicher Hinsicht, um gerade im Blick auf Personalabbau und -umschichtung die personellen Ressourcen des öffentlichen Dienstes bestmöglich nutzen zu können. Aus diesem Grunde sollen Abordnung und Versetzung – auch in andere Laufbahnen oder andere Ämter – erleichtert werden.

2. Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung müssen optimal besetzt werden. Herausgehobene Funktionen mit Vorgesetztenaufgaben werden zunächst für die Dauer von zwei Jahren vergeben. Nur bei Bewährung wird das Amt auf Dauer verliehen. Auch vor jeder anderen Beförderung muß künftig der Beamte seine Eignung für einen höherbewerteten Dienstposten

sten in einer Erprobung in der höheren Funktion tatsächlich beweisen.

Die wieder neu diskutierte generelle Vergabe von Spitzenpositionen auf Zeit löst kaum die Probleme. Es geht darum, die Leistungsfähigkeit und Effektivität der Verwaltung zu steigern; ein Feld für stärkere Einflußnahme von außen auf Führungsfunktionen darf nicht eröffnet werden. Der Rückfall in das frühere, niedrigere Amt käme der sonst nur im Wege einer Disziplinarstrafe möglichen „Degradierung“ gleich, ein solcher Beamter wäre kaum erfolgreich weiter verwendbar. Für die wenigen Funktionen, bei denen die politische Loyalität der Amtsinhaber zur jeweiligen Regierung von besonderer Bedeutung ist, gibt es die Institution des politischen Beamten (§ 36 BBG).

3. Die Bundesregierung erweitert auch in der neuen Legislaturperiode die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst. Neben die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen soll eine allgemeine, nicht an besondere Voraussetzungen gebundene Antrags-Teilzeit treten. Selbstverständlich muß und wird die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung voll erhalten bleiben. Den „Beamten im Zweiterberuf“ oder den Zwangs-Teilzeit-Beamten lehnt die Bundesregierung ab.

4. Die Stärkung des Leistungsprinzips, u. a. die Einführung neuer, leistungsbezogener Elemente im Bezahlungssystem verlangt eine stärkere Differenzierung in der Beurteilungspraxis.

Ansatzpunkt hierfür ist auch das Beurteilungssystem, in dem in geeigneter Weise der Konzentration auf Spitzennoten, z. B. durch eine Vergabe von allgemeinen Richtwerten (Quote), entgegengewirkt werden muß.

5. Auf Initiative des Bundesministers des Innern prüft zur Zeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Hochschulrektorenkonferenz und der Kul-

tusministerkonferenz die Frage des unmittelbaren Zugangs für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen zum höheren Dienst.

6. Die Fortentwicklung des Dienstrechts muß auch das Bezahlungssystem umfassen. Stärkere Eigenverantwortung und stärkeres Engagement der Mitarbeiter sollen durch bessere Bezahlung belohnt werden. Auf konkrete Bedarfslagen muß flexibel reagiert werden können. Bedarfsorientierte Bezahlungsverbesserungen werden deshalb nur dort und nur so lange erfolgen, wie es die Sachlage erfordert.

Derzeit muß auf Kostenneutralität im ganzen geachtet werden; deshalb ist der finanzielle Handlungsspielraum für die Modernisierung des Bezahlungssystems derzeit gering.

● Wichtig ist die Neugestaltung der Gehaltstabellen. Die Bezahlungsverbesserungen nach bisherigem Recht – alle zwei Jahre durch Aufstieg in den Dienstaltersstufen – sind unter dem Schlagwort „Mehr Geld durch Älterwerden“ breiter Kritik ausgesetzt. Zukünftig soll das Aufsteigen im Gehalt auch leistungsabhängig und nicht wie bisher nur durch Zeitablauf erfolgen. Gleichzeitig wird das Lebenseinkommen degressiv umgeschichtet. Das Endgehalt wird folglich später erreicht, die hierdurch freiwerdenden Mittel werden in das erste Berufsdrittel verlagert. Hiermit sollen die erhöhten Belastungen in den ersten Berufsjahren, z. B. durch die Gründung eines Hausstandes oder einer Familie, berücksichtigt werden; die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Berufseinsteiger wird erhöht, die junge Familie soll so gefördert werden.

● Gleichzeitig wird die Vergabe von Leistungsprämien und Leistungszulagen für herausragende Mitarbeiter erprobt.

● Auch der Ortszuschlag wird verändert. Diejenigen Bestandteile des Ortszuschlags, die schon heute jeder erhält, werden in die Gehaltstabelle eingearbeitet.

Die übrigen Bestandteile des Ortszuschlages bleiben als Familienzuschlag erhalten. Dabei soll jedoch das Einkommen des Ehegatten künftig ab einer bestimmten Einkommenshöhe berücksichtigt werden.

7. Besondere Bedeutung in der öffentlichen Diskussion haben gegenwärtig die Alterssicherungssysteme. Die Bundesregierung wird in diesem Jahr entsprechend dem Auftrag des Deutschen Bundestages einen Versorgungsbericht vorlegen; damit soll die Diskussion über die Versorgung im öffentlichen Dienst auf der Grundlage gesicherter Daten abgeschlossen werden. Abschließende gesetzgeberische Maßnahmen in der Beamtenversorgung oder Änderungen im Tarifbereich sind noch nicht endgültig überschaubar. Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, daß ein Handlungsbedarf mit Blick auf das Problem der sog. „Frühpensionierung“ jedenfalls besteht, weil die Versorgungslaufzeit die Versorgungskosten entscheidend beeinflusst. Notwendig sind schon jetzt:

- Die Altersgrenze, nach der Beamte auf Antrag in den vorzeitigen Ruhestand treten können, wird vom 62. auf das 63. Lebensjahr angehoben.
- Sind Beamte nur für bestimmte Verwendungen dienstunfähig, sollen sie (ggf. nach Umschulung) auch in andere Laufbahnen versetzt werden können (Rehabilitation vor Versorgung).
- Der Versorgungsabschlag (Abzug von der Pension bei vorzeitiger Pensionierung auf Antrag) soll bereits früher eingeführt werden (nicht wie in der Rentenversicherung erst ab dem Jahr 2002).
- Bestimmte Vergünstigungen werden beseitigt (z. B. Berechnung der Pension aus dem Endgrundgehalt, obwohl dieses bei Frühpensionierung noch nicht erreicht war).
- Verbesserung des ärztlichen Beurteilungsverfahrens, Einschaltung der obersten Dienstbehörden bei Frühpensionierungsanträgen.

Der deutsche öffentliche Dienst – Beamte, Angestellte und Arbeiter – hat wesentlichen Anteil am erfolgreichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg. Er hat seine Leistungsfähigkeit erneut beim Aufbau der neuen Bundesländer besonders bewiesen. Er ist vielen ausländischen Staaten ein Vorbild. Es gibt deshalb keinen Anlaß, von der bewährten Gliederung des öffentlichen Dienstes in unterschiedliche Gruppen abzugehen. Notwendig ist jedoch immer wieder, den öffentlichen Dienst an veränderte Verhältnisse anzupassen. Dies gilt für den Bereich der Gesetzgebung betreffend Beamte ebenso wie für das Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter.

Auf Zustimmung angewiesen

Die Eckpunkte sollen zu einer breiten Diskussion mit den Bundesländern und ihren Kommunen sowie den Berufsverbänden des öffentlichen Dienstes dienen. Ihre möglichst unverzügliche Überführung in einen Gesetzentwurf, der parteiübergreifende Zustimmung finden sollte, ist das Ziel der Initiative der Bundesregierung. 76 Prozent der Beamten, Richter und Soldaten (ohne Einrechnung von Bahn und Ost) und 82 Prozent aller öffentlich Bediensteten sind bei den Ländern und Kommunen und lediglich knapp 12 Prozent beim Bund beschäftigt. Daher muß ein so groß angelegter Reformschritt auf möglichst breite Zustimmung treffen. Ich appelliere daher an alle Beteiligten – Bund, Länder, Kommunen und Interessenverbände – an dem jetzt in Angriff genommenen Reformwerk positiv mitzuwirken. Die Reform des öffentlichen Dienstes wird ein wichtiger Beitrag zu Sicherung des Standorts Deutschland im internationalen Vergleich sein und dazu beitragen, daß auch in Zukunft unsere Verwaltung in Europa jeden Spitzenvergleich besteht. ■

Reform des öffentlichen Dienstes

Notwendige Voraussetzung für den „Schlanken Staat“

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Rupert Scholz, hat die von Bundesinnenminister Kanther vorgelegten Eckpunkte für eine Novellierung des öffentlichen Dienstrechts begrüßt:

Auf der Basis dieser „Eckpunkte“ ist es jetzt möglich, in konkrete politische Gespräche einzutreten, deren Ergebnisse noch vor der Sommerpause in einen entsprechenden Gesetzentwurf einmünden könnten und sollten.

Wir wollen den Staat schlanker und damit moderner machen. Schlanker Staat ist aber nicht ohne grundlegende Reform auch des öffentlichen Dienstes möglich. Die Qualität des öffentlichen Dienstes ist zugleich wesentlicher Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Die Zweiteilung des öffentlichen Dienstes in Beamte einerseits und Arbeitnehmer andererseits hat sich grundsätzlich bewährt und ist deshalb beizubehalten. Wir halten deshalb am Berufsbeamtentum und seinem verfassungsmäßigen Auftrag fest. Das Berufsbeamtentum ist und bleibt die angemessene und bewährte Ausdrucksform der Gemeinwohlverpflichtung des öffentlichen Dienstes. Aus unserer Sicht ist deshalb jede Reform, die das Berufsbeamtentum selbst zur Disposition stellen wollte, bereits im Ansatz verfehlt.

Auch jede überzogene Kritik, vor allem am Berufsbeamtentum, muß mit Nachdruck zurückgewiesen werden. Das Berufsbeamtentum hat sich nicht nur als in-

stitutioneller Garant einer stabilen und lange Zeit leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung bewährt. Es hat auch ein Recht darauf, daß ihm nicht Effizienzdefizite der öffentlichen Verwaltung angelastet werden, die in Wahrheit und letztlich vom Gesetzgeber oder von der Verwaltungsorganisation zu verantworten sind.

Es kann also nur darum gehen, auf der gegebenen Grundlage des öffentlichen Dienstrechts systemimmanente Reformen durchzuführen, die zu Leistungssteigerungen, mehr Flexibilität sowie mehr Mobilität führen. Ziele sind Stärkung, Effizienzsteigerung und Strukturverbesserung des Berufsbeamtentums, nicht aber seine Zerschlagung.

Einkommen umschichten

Zunächst und vor allem muß der öffentliche Dienst für leistungsfähige Nachwuchskräfte attraktiv bleiben. Wir begrüßen deshalb den Vorschlag des Bundesinnenministers, das Lebenseinkommen der Beamten dergestalt umzuschichten, daß in jungen Jahren eine höhere Besoldung gewährt und dafür die Besoldung in vorgerücktem Alter entsprechend gesenkt wird.

Zu den dringendsten Reformmaßnahmen gehören solche zur Mobilitätssteigerung. Wir brauchen ein höheres Maß an Durchlässigkeit und wechselseitiger Verwendbarkeit auch bei unterschiedlichen Ausbildungs- oder Laufbahnprofilen. Versetzung, Abordnung und Umsetzung müssen erleichtert werden. Der Vorschlag von

Bundesinnenminister Kanther, die von der Zustimmung des Beamten unabhängige Abordnungszeit zu einem anderen Dienstherrn auf fünf Jahre zu verlängern, weist in die richtige Richtung. Richtig ist auch die Problematisierung der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen bei Abordnung und Versetzung; Abordnung und Versetzung sollten sofort vollzogen werden können.

Weiter Laufbahnprinzip

Im Beamtenrecht muß grundsätzlich am Laufbahnprinzip festgehalten werden. Effizienzsteigernd könnten sich aber die Einführung von Erprobungszeiten bei Beförderungen und bei der Besetzung von Führungspositionen auswirken. Die entsprechenden Vorschläge von Bundesinnenminister Kanther weisen in die richtige Richtung, Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung optimal zu besetzen.

Ausdrücklich begrüßen wir auch die Vorschläge von Bundesinnenminister Kanther zur Einführung von besonderen Leistungsprämien und Sonderzulagen. Solche Maßnahmen versprechen einen höheren Leistungsanreiz für den einzelnen – und damit eine Effizienzsteigerung für den öffentlichen Dienst insgesamt. Vor allem könnten für besondere Einsatzbereitschaf-

Kommentar

Ein Meisterstück

Der Bundesinnenminister, der mit seinen Vorschlägen ein Meisterstück vorgelegt hat, geht den richtigen Weg, weil er von innen heraus reformiert. Unge-rechtfertigte Vorrechte (Pensionierung ab dem 62. Lebensjahr), eingeschliche-ner Schlendrian (durch die Regelbeför-derung begünstigt) oder Mißbrauch (zu viele Frühpensionierungen) sowie zu wenig Aufstiegschancen für junge Mit-arbeiter – das alles sind nur Beispiele für notwendige und gründliche Korrek-turen. Aber bei all dem darf nicht über-sehen werden, welche unverzichtbaren Leistungen der öffentliche Dienst tag-aus, tagein erbringt.

Kölnische Rundschau

ten und Leistungen im Aufgabenbereich der Polizei besondere Leistungsprämien gewährt werden.

Die Reform des öffentlichen Dienstrechts kann nur gelingen, wenn sie mit den Be-amten und nicht gegen sie durchgeführt wird. Für uns ist deshalb ein enger Dialog mit den Verbänden ebenso selbstverständ-lich wie unverzichtbar.

Begehbare Röhre soll Reparaturen unter der Erde erleichtern

Schwäbische Tüftler im Städtchen Lauchheim in Baden-Württemberg haben möglicherweise ein bislang teures Problem für Kommunen gelöst:

Straßenaufbrüche nach Leitungsschäden unter der Erde sollen überflüssig werden, wenn sich die „begehbare Röhre“ bewährt. Das nach Angaben der Ingenieurgesellschaft für Projekt-

steuerung, ökologische Entwicklungsplan und Technologietransfer mbH „europaweit einmalige Erschließungs-system“ vereine alle Kabel- und Rohr-leitungen für Telekommunikation, Strom-, Wasser- und Gasversorgung sowie Schmutzwasser. Ein Kunststoff-rohr mit einem Durchmesser von 220 Zentimetern erlaube es Monteuren, bei ihren Arbeiten aufrecht zu stehen.

Öffnung des Eisenbahnmarktes von Sozialisten gestoppt

Gegen den erbitterten Widerstand der christdemokratischen Fraktion hat die linke Mehrheit im Europäischen Parlament einen erneuten Vorstoß für die Liberalisierung des Eisenbahnmarktes in der Europäischen Union abgelehnt. Dies ist leider wiederum ein klassisches Musterbeispiel für den Kampf zwischen nationalen und Europäischen Interessen, zwischen alten Monopolstrukturen und offenem Wettbewerb unter konkurrierenden Unternehmen, also zwischen Stillstand und Fortschritt.

Vier Jahre nach der ersten Öffnungsrichtlinie 91/440/EWG hatte die Kommission Ende 1993 zwei neue Richtlinien vorgeschlagen, und zwar eine für europaweite Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen und eine für die Öffnung der Eisenbahninfrastrukturen. Mit diesen beiden Richtlinien wollte die Kommission den Eisenbahnverkehr – ganz im Sinne des Binnenmarktkonzeptes aus dem Jahr 1985 – nun endlich für neue – und damit auch für private – Eisenbahnunternehmen der Union öffnen.

Das Europäische Parlament hatte am 3. Mai 1994 dieses Konzept mit überwältigender Mehrheit gebilligt und mit seinen Änderungsanträgen die sozialen und Sicherheitskriterien noch ein wenig verschärfen wollen.

Doch der Verkehrsministerrat hatte mit seinem Gemeinsamen Standpunkt vom 21. November 1994 begonnen, das Rad der Geschichte und des Europäischen Fortschritts wieder zurückzudrehen, indem er durch Änderung des Anwendungsbereiches – von einer kleinen Ausnahme abgesehen – den Eisenbahnmarkt für die tradi-

tionellen Eisenbahngesellschaften beschränken und jeden neuen Wettbewerber vom Marktzugang ausschließen will. Hier wollen also die nationalen Regierungen ihre nationalen, zumeist staatlichen Monopoleisenbahngesellschaften vor dem Wettbewerb schützen. Dies ist m. E. ein schwerer Verstoß gegen den in Art. 7 a EG-Vertrag niedergelegten Grundsatz des freien Verkehrs von Dienstleistungen. Sowohl im Verkehrsausschuß als auch im Plenum des Europäischen Parlaments hat

Von Georg Jarzembowski, stellvertretender Obmann der EVP-Fraktion im Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments

die EVP-Fraktion für die Zweite Lesung des Kommissionsentwurfes vorgeschlagen, den Anwendungsbereich der Richtlinie wieder für neue Eisenbahnunternehmen zu öffnen. Doch völlig überraschend hat eine Mehrheit von Sozialisten und anderen Gruppen sich dem Standpunkt des Rates angeschlossen und die bisherige Parlamentslinie verlassen.

Die Sozialisten gaben offen zu, daß sie sich nunmehr dem Druck der nationalen Eisenbahngesellschaften und der Eisenbahngewerkschaften gebeugt haben und daß sie aus Angst um Arbeitsplätze jeden Wettbewerb im Eisenbahnverkehr ablehnen.

Wir Christdemokraten stehen zu unserer Auffassung, daß die traditionellen Eisenbahnunternehmen genügend Zeit hatten und noch haben würden, sich auf einen Wettbewerb einzurichten, und daß Wettbe-

Arbeitsmarktentwicklung auch weiterhin positiv

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Julius Louven, erklärte zu den neuesten Arbeitsmarktdaten des Monats März:

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit schreitet weiter voran. Im Februar ist die Arbeitslosigkeit erstmals seit drei Jahren im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Das ist ein Zeichen dafür, daß die konjunkturelle Erholung auch auf den Arbeitsmarkt übersprungen ist.

Konjunkturelle Belebung

Im Monat März ist diese konjunkturelle Belebung durch saisonbedingte Faktoren unterstützt worden. Im Vergleich zum Vormonat kam es zu einem Rückgang um 153.000 Personen; im

Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 226.000 Personen.

Der Bestand an gemeldeten offenen Stellen lag im Vormonatsvergleich um 20 Prozent höher, die Kurzarbeit um mehr als 60 Prozent niedriger. Auch diese Entwicklung zeigt: Es geht weiter aufwärts.

Tarifpartner gefordert

Gleichwohl warne ich davor, daß die Besserungstendenzen den Blick verstellen und ablenken von jener Herausforderung, der wir uns stellen müssen: daß die Massenarbeitslosigkeit in erster Linie auf strukturelle Defizite des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist und nicht konjunkturell bedingt ist. Vor allem sind die Tarifpartner gefordert, denn sie entscheiden darüber, ob Arbeit bezahlbar ist oder nicht.

werb im Eisenbahnsektor dringend erforderlich ist, um den Eisenbahnmarkt effizienter zu machen und so das Ziel überhaupt annähernd erreichen zu können, mehr Güter und Personen – auch aus Umweltgründen – von der Straße und aus der Luft auf die Schiene zu bringen.

Nachdem nun das Parlament mit seiner linken Mehrheit unseren Vorstoß für die Liberalisierung des Eisenbahnmarktes abgelehnt hat, hat auch die Kommission deutlich gemacht, daß sie ihren Vorbehalt gegen den Gemeinsamen Standpunkt des Rates aufgeben wird. Damit ist der Weg frei, daß der Verkehrsministerrat im Juni

seinen Standpunkt endgültig verabschieden kann und somit die Öffnung des Eisenbahnmarktes verhindern kann.

Liberalisierung längst überfällig

Ein trauriges Beispiel, wie eine „unheilige Koalition“ von nationalen Verkehrsministern, nationalen Eisenbahngesellschaften, Eisenbahnergewerkschaften und der Sozialisten im EP eine sachlich begründete und zeitlich längst überfällige Liberalisierung in der Europäischen Verkehrspolitik zum Nachteil der Verbraucher und der Nutzer verhindern kann. ■

Deutsche Wirtschaft – Stabilitäts- und Wachstumspol Europas

Zum Frühjahrgutachten der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster:

Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigt das Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute, daß die Bundesrepublik Deutschland das Stabilitäts- und Wachstumszentrum Europas ist. Kaum ein anderes Land verfügt über eine annähernd gute Kombination aus hohen Wachstumsraten und niedriger Inflation. Dies ist zugleich die beste Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Bundesrepublik hat alle Chancen, ähnlich der Entwicklung in den 80er Jahren, eine langjährige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu erleben. Dies ist in erster Linie das Ergebnis der erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Wie schon in den 80er Jahren sind

nachhaltige Wachstumsraten die Grundlage für eine Senkung der noch zu hohen Steuer- und Abgabenlast.

Die D-Mark genießt Dank der Stabilitätspolitik von Bundesfinanzminister Waigel allerhöchstes Vertrauen bei nationalen und internationalen Anlegern. Die ebenfalls günstigen Prognosen für viele andere Länder Europas zeigen, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion in Europa näherückt und realistisch ist. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und des Dienstleistungsgewerbes haben sich in vielen Bereichen trotz der erheblichen DM-Aufwertung international noch verbessert. Auch die Hannover-Messe hat dies erneut eindrucksvoll belegt. Unsere Wachstumsraten, vor allem auch im südostasiatischen Raum, sind hoch. Jetzt kommt es darauf an, den Aufschwung auch auf den Arbeitsmarkt zu übertragen. Dazu gehört eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen wie eine wirksame Eingrenzung der Lohnnebenkosten und eine Rückführung der Steuer- und Abgabenquote.

Ermutigend, aber kein Grund zur Euphorie

Zum Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Vorsicht vor dem „süßen Gift“ der Konjunktur! Drei Prozent Wachstum sind ermutigend. Der Aufschwung ist nach Deutschland zurückgekehrt.

Drei Prozent Wachstum sind jedoch kein Grund, voreilig „Entwarnung“ zu blasen. Sie sind weniger Anlaß zur Beruhigung als Ansporn zu weiteren Anstrengungen. Die strukturelle Erneue-

rung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems muß fortgesetzt werden.

Umbau des Sozialstaats, Senkung der Staatsquote, Senkung der Steuer- und Abgabenquote – diese Themen bleiben akut. Der Beschluß der Unionfraktion, dazu bis zum Sommer Eckpunkte vorzulegen, hat nichts an seiner Dringlichkeit verloren.

Das bedeutet vor allem: Drastische Einsparungen der öffentlichen Hand trotz Wachstums und daraus folgender Steuereinnahmen!

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Auch das dunkle Stasi-Kapitel unserer Geschichte rückhaltlos aufklären

Die Studie der Gauck-Behörde über die geplanten Internierungs- und Isolierungslager in der ehemaligen DDR verdeutlicht einmal mehr die menschenverachtende Brutalität und Rücksichtslosigkeit, mit der die Machthaber des SED-Regimes gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen bereit waren.

Die bis ins einzelne ausgearbeitete Planung umfaßte direkte Regimekritiker ebenso wie Zehntausende von Menschen, denen die Staatssicherheit aus anderen Gründen mißtraute. Diese Studie widerlegt schonungslos all jene, die heute der Verharmlosung der kommunistischen Diktatur in der ehemaligen DDR das Wort reden. Das eigene Volk galt dem Unterdrückungsregime als der schlimmste Feind.

Die Untersuchung bestätigt, daß die Staats- und Parteiführung der DDR noch im Herbst 1989, kurz vor dem Fall der Mauer, den Befehl erließ, die Namenslisten für die Inhaftierung und Isolierung

Oppositioneller neu zu erstellen. Auch hieran wird sichtbar, was vielen Menschen in Ostdeutschland durch den schnellen Weg zur Wiedervereinigung erspart geblieben ist.

Die Veröffentlichung der Gauck-Behörde ist eine deutliche Mahnung an alle, nicht

Bundeskanzler Helmut Kohl zu den von der DDR-Staatssicherheit geplanten Internierungs- und Isolierungslagern

den Mantel des Schweigens oder Vergessens über die Realität und die Verbrechen totalitärer Regime zu breiten. Auch das dunkle Stasi-Kapitel unserer Geschichte muß rückhaltlos aufgeklärt werden. Das Wissen um die Gefahren des Totalitarismus bleibt eine ständige Aufforderung, sich den Feinden der Demokratie – ob von links oder von rechts – mit aller Entschlossenheit entgegenzustellen. ■

Politische Kultur und innere Einheit

In der Reihe „Aktuelle Fragen der Politik“ der Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine neue Schrift erschienen:

Unter dem Titel „Politische Kultur und innere Einheit Deutschlands“ beschreibt Günther Rüter, Leiter des Bereichs Politische Bildung in der Konrad-Adenauer-Stiftung, die wichtige Aufgabe des Zusammenwachsens aller Deutschen trotz der Mentalitäts- und Sozialisationsunterschiede, die in 40 Jahren Trennung entstanden sind.

Ziel ist, so formuliert es Günther Rüter, eine gemeinsame demokratische Kultur auf der bewährten Grundlage unserer Verfassung und ein demokratisch geläutertes nationales Selbstverständnis.

Die Broschüre ist auch in größerer Stückzahl unentgeltlich zu bestellen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Eichholz, 50398 Wesseling Tel. (0 22 36) 70 70

„Bittere Bilanz“ – NRW im Griff der SPD

„160 Buchseiten reichen nicht aus, um Pleiten, Pech und Pannen der Düsseldorf SPD-Landesregierung vollständig zu schildern“, resümiert Sebastian Sigler. Gerade hat der Fernsehredakteur sein Buch „Bittere Bilanz“ vorgelegt: Eine gelungene Mischung aus harten Fakten und politischem Herzblut.

Siglers Schilderungen erscheinen nicht hämisch und schadenfroh. Als gebürtiger Bielefelder, der in Nordrhein-Westfalen aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, schreibt er aus der Position eines Betroffenen. Daher auch sein kaum verborgener Ärger „über die vermeidbaren Fehlschläge von der Balsam-Affäre bis zur VOX-Pleite“.

Fast alle Düsseldorf Ministerinnen und Minister und natürlich Johannes Rau nimmt Sigler in seiner Generalabrechnung kritisch unter die Lupe. Dabei zahlt sich seine Erfahrung bei Fernsehrecherchen auch im Medium Buch aus.

Sichtlich genießt er es, Originaltöne von Experten ganz anderer politischer Couleur – von grün bis schwarz – einzuflechten, die eines immer wieder bestätigen: Die mangelnde Reformfähigkeit und den fehlenden Reformwillen einer nach fast 30 Jahren abgenutzten SPD-Landesregierung.

Mit großer Präzision und Faktentreue analysiert der Report-Redakteur das „Herrschaftssystem Rau“, legt die krampfhaften Bestrebungen des Ministerpräsidenten offen, Bundespräsident zu werden, um der verfahrenen Landespolitik zu entkommen. Trefflich beschreibt er den Typus des „Jaja-Politikers“, der niemandem etwas tut, aber deswegen auch kein Problem überzeugend lösen kann.

Ausführliche Fakten beim Kapitel Medienpolitik. Ob „Hätschelkind“ VOX oder

Haussender WDR, der ARD-Mann zeigt an konkreten Beispielen, wie Journalisten mit rechtlichen Finessen und „freundschaftlicher Erpressung“ von den Genossen unter Druck gesetzt werden. Zentrale Figur dieser Mechanismen: Medienminister Wolfgang Clement, der VOX nach Ansicht Siglers gewaltsam am Leben erhält, um die wirtschafts- und medienpolitische Pleite des Senders nicht auf dem eigenen Konto verbuchen zu müssen.

Erstaunlich sicher bewegt sich der Autor mit seinem Erstlingswerk auf dem glatten Parkett des politischen Buches. Trotz seines persönlichen Engagements behält er immer den notwendigen Humor, um nicht wirklich – wie der Titel es vermuten läßt – ins Bittere zu verfallen. So skizziert er z. B. Umweltminister Matthiesen als Öko-Rambo.

Bei Innenminister Schnoor wird Sigler allerdings ernster: Denn „der scheint aus dem Geiseldrama in Gladbeck nichts gelernt zu haben“. Anders könne man sich den weiter verfolgten Kurs der polizeilichen Passivität – genannt Deeskalation – nicht erklären. Auch bezüglich der Polizeistrukturreform läßt er kaum ein gutes Haar am Innenminister und stellt ironisch die Frage, ob Schnoor als „68jähriges Sicherheitsrisiko“ bezeichnet werden könne, weil er die Schlagfähigkeit der Ordnungshüter weiter verringert habe.

**Alle Rechte beim
Kommunal-Verlag GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73–75
53113 Bonn
ISBN 3-87433-081-8
Verkaufspreis: DM 14,80.**

Historische Metallplakette 50 Jahre CDU

Vor 50 Jahren wurde in der deutschen Hauptstadt die Christlich Demokratische Union gegründet. Aus diesem Anlaß bietet der bpi-Verlag (ein Wirtschaftsunternehmen der Berliner CDU) eine historische Metallplakette an. Das Motiv des postkartengroßen Schildes (Format 10,1 x 14,4 cm) ist ein Wahlplakat aus dem Jahr 1946. Es ist ein wertvolles Erinnerungsdokument für alle, die der Partei schon lange verbunden sind, und eignet sich hervorragend als Präsent für Jubiläen, Geburtstage und andere besondere Anlässe.

Mindestbestellmenge:
10 Stück

Preisstaffel:
10 Stück: 9,- DM/Stück
20 Stück: 8,- DM/Stück
50 Stück: 6,90 DM/Stück
(alle Preise inkl. MwSt.)

Bezugsquelle:
bpi-Verlag,
Jörg Pietsch,
Steifensandstraße 8
14057 Berlin
Tel. (0 30) 32 69 04 47

1945-1995 50 Jahre CDU



*Eiserner Wille und das nötige Gottvertrauen
haben es immer noch am sichersten und besten geschafft*

**CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
UNION DEUTSCHLANDS**

Anmeldungen nehmen die nächsten Ortsgruppen und Landesverbände entgegen.
Ebenso die Reichsgeschäftsstelle Berlin W 6, Bismarckstr. 19/20.

Seminarankündigung: Mittelalterliche Burgen

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet vom 19. bis 20. Mai 1995 ein Seminar in Eisenach zum Thema „Mittelalterliche Burgen“. Vorgesehen sind neben interessanten Referaten selbstverständlich eine Besichtigung der Wartburg und ein Rundgang durch die Stadt Eisenach. Zur Teilnahme ist jeder zwischen 16 und 26 Jahren herzlich eingeladen. Nähere Informationen, Programme und Einladungen sind zu erhalten bei: Frischluft e.V., Annaberger Str. 283, 53175 Bonn,
Tel. (02 28)31 00 23, Fax (02 28)31 47 03.



Kinder-T-Shirt für Mal-Aktionen

Bestell-Nr.: 9939 Größe 140

Bestell-Nr.: 9940 Größe 164

Preis je Shirt: 9,- DM



T-Shirt mit Euro-Signet

Bestell-Nr.: 9783 Größe M

Bestell-Nr.: 9784 Größe XL

Bestell-Nr.: 9785 Größe XXL

Preis je Shirt: 11,30 DM



Rommé-Spielkarten

Bestell-Nr.: 9261

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 22,- DM



Notizbuch der Frauen-Union

Bestell-Nr.: 9807

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 36,- DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 11 64

33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21



Computerspiel
„Kennste Deutschland?“
 Bestell-Nr.: 9849
 Verpackungseinheit: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 25,- DM



Papiertragetasche
 Bestell-Nr.: 9056
 Verpackungseinheit: 250 Expl.
 Preis je 250 Expl.: 29,- DM



Schlüsselanhänger (bunt sortiert)
 Bestell-Nr.: 9961
 Verpackungseinheit: 40 Expl.
 Preis je 40 Expl.: 42,- DM



PIN-„50 Jahre CDU“
 Bestell-Nr.: 9063
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 25,- DM

Union Betriebs GMBH
Postfach 24 49
53014 Bonn

Illustrierte „50 Jahre CDU“ mit Teilnahmekarte für Gewinnspiel

Dieses kostengünstige Werbemittel eignet sich besonders als Massenverteilungsmittel für ihre Canvassing-Aktionen. Auf der Rückseite der Illustrierten finden Sie eine Teilnahmekarte für das Gewinnspiel „50 Jahre CDU“.

Bestell-Nr.: **2062**
Verpackungseinheit:
250 Expl.
Preis je 250 Expl.:
77,- DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21



UiD

13/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst des Christlich Demokratischen Union Deutschlands
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktionsleiter, Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs Gmbh, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119, Vertreibsstelle: Union Betriebs Gmbh, Postfach 11 64, 33759 Versmold, Telefon (05423) 4 15 21, Verlagsleitung: Bernd Profittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 15 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-55 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,- DM, Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten Gmbh, Düsseldorf.